

Sozialismus

Heft 3-2017 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

www.Sozialismus.de

Christina Kaindl: Personal-
oder Politikwechsel?



Bischoff/Müller: Kampf-
feld soziale Ungleichheit



Stefan Körzel/Bart Samyn/
Dierk Hirschel/ Renaat
Hanssens: Zum Verhältnis
nationaler und europäisch
koordinierter Lohnpolitik

**Forum
Gewerkschaften**

Alban Werner: Es rettet
uns ein höh'eres Wesen ...



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

»An den T-Shirts klebt Blut«



Gegen Armutslöhne protestierten in den vergangenen Wochen zehntausende TextilarbeiterInnen in einem Vorort von Dhaka. Der Streik begann aus Protest gegen die Entlassung von 121 KollegInnen. Der Funke sprang rasch auf andere Betriebe über und mündete in einem Arbeitskampf für die Erhöhung der Mindestlöhne. ...

Griechenland wird weiter erpresst



Das im Sommer 2015 beschlossene dritte Hilfsprogramm für Griechenland läuft bis zum August 2018. Es legt sogenannte Strukturreformen (Arbeitsmarkt, Besteuerung, öffentliche Ausgaben, Verkauf von öffentlichem Eigentum) fest und sieht Kredithilfen von bis zu 86 Mrd. € vor. ...

Oskar Lafontaine, der Politikwechsel und Flüchtlingsfragen



Im März wählt das Saarland einen neuen Landtag. Gegenwärtig regiert eine große Koalition unter Führung der CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer. Die Linkspartei hat im Saarland eine Schlüsselstellung, ihr Spitzenkandidat Oskar Lafontaine ist dort nach wie vor populär. ...

Schulzomania versus Merkelismus?

Christina Kaindl:

SPD – Personal- oder Politikwechsel? 2

Joachim Bischoff/Björn Radke: Linksschwenk mit Inhalt?

DIE LINKE muss starker Motor für soziale Gerechtigkeit sein 6

Alban Werner: Es rettet uns ein höh'eres Wesen

Angela Merkel und Martin Schulz im Zeitalter politischer Hoffnungsarmut 11

Onur Ocak: NPD-Verbotsverfahren –

ein zweischneidiges Schwert 18

Abgehängte und enttäuschte »Mitte«

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:

Soziale Ungleichheit als Kampffeld 23

Rechte Bedrohungen, linke Auswege

Bernhard Sander:

Rechtspopulistischer »Plan für die Niederlande« 31

Die Linke kann nicht abseits stehen – Euclid Tsakalotos im Gespräch

mit Haris Golemias über Griechenland und die EU 41

Theodor Bergmann: Imperialismus versus Koexistenz?

Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA 44

Forum Gewerkschaften

Stefan Körzell: Tarifsysteme stärken,

aber Lohnpolitik nicht überfrachten! 49

Dierk Hirschel: Gegenmacht aufbauen 53

Bart Samyn: Lohnpolitischer Interventionismus in Belgien

als Vorbild für Europa? 56

Renaat Hanssens: Für richtige Lohnpolitik in der Eurozone

muss jeder seinen Beitrag leisten 59

Klaus Pickshaas/Felix Stumpf: Konflikt um Deregulierung

Das Beispiel Arbeitsstättenverordnung 61

Otto König/Richard Detje: Wem gehört die Zeit?

Gewerkschaften starten neue Arbeitszeitkampagnen 65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 63

Veranstaltungen & Tipps 68

Hasko Hüning: Der junge Karl Marx (Filmkritik) 69

Supplement

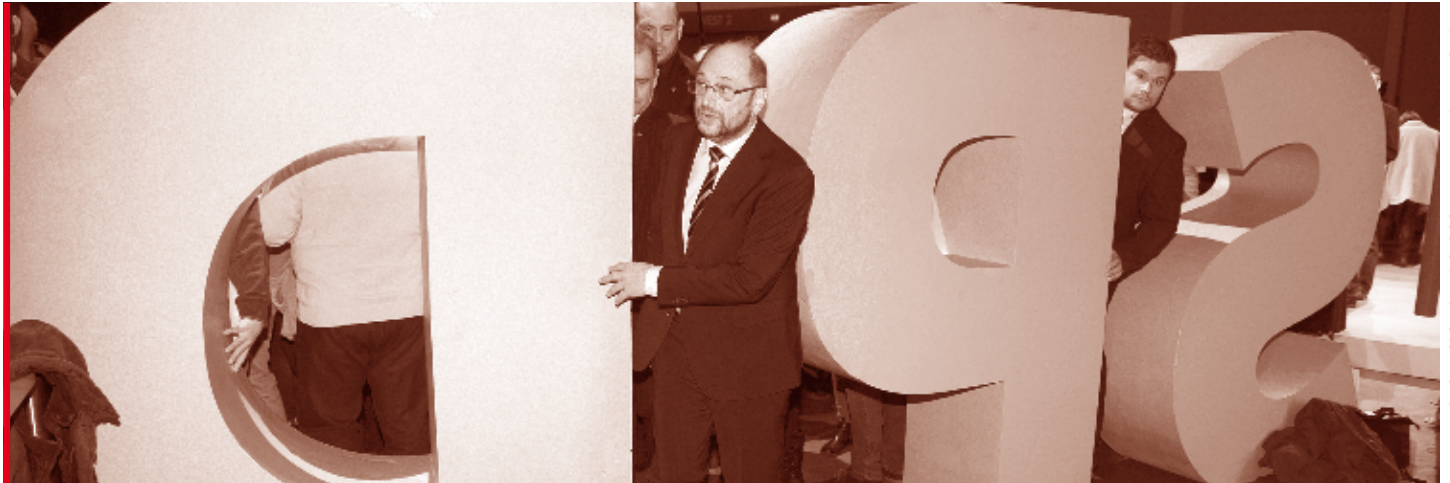
EuroMemo Gruppe

EuroMemo 2017

Die Europäische Union: Gefahr der Desintegration

SPD: Personal- oder Politikwechsel?

von | Christina Kaindl



Der Kanzlerkandidat in Bielefeld, 20.2.2017 (Foto: dpa)

Nachdem Sigmar Gabriel überraschend Martin Schulz als Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden vorgeschlagen hatte, formulierte dieser in wenigen Worten seine neue Erzählung für die SPD: Gerechtigkeit, Sicherheit, die gesellschaftliche Mitte der »hart arbeitenden Menschen, die sich an die Regeln halten« besser stellen, ein »funktionierendes Europa«, »Leistung geht vor Herkunft« und die »SPD ist ein Bollwerk gegen rechts«. Es soll wieder »gerecht und fair« zugehen. Ganz so neu ist die Erzählung nicht: Im Frühjahr 2016 hatte Gabriel mit seiner »Gerechtigkeitsrede« bereits einen vergleichbaren Vorstoß unternommen. Die Rhetorik war ähnlich, ebenso der Anspruch einer Rückkehr zur Gerechtigkeit, zur Identität der SPD – allein mit der Person Gabriel verknüpft bekam der Diskurs keine Flügel (auch wenn sich in Umfragen andeutete, dass erstmals wieder über die Hälfte der SPD-Anhänger den Eindruck hatte, dass soziale Gerechtigkeit in der Partei eine größere Rolle spielte).

Erfolgreicher Start in den »Wahlkampfmodus«

Mit Schulz wird nun ein neuer Aufbruch mit einer neuen Projektionsfläche inszeniert: Er formuliert den Anspruch, für die SPD »das Land zu führen«, stärkste Kraft und selbst Bundeskanzler zu werden. Nach der unklaren Kommunikation der letzten Monate – die SPD schwankte zwischen »wir haben viel erreicht in der GroKo« und »wir stehen für einen Wechsel« – spricht Schulz (wie auch Gabriel in seiner Verzichtserklärung)¹ davon, dass die Große Koalition an ihre Grenzen gekommen und keine Option für den notwendigen Politikwechsel ist. Der Gleichklang von Gabriels und Schulz' Erklärungen und ihre Inszenierung als »alte Freunde« sollen den Unterschied zur Union stärken. Der Setzung, dass ein »Ruck durch die SPD« und »das ganze Land« gehe, scheinen die schnellen Effekte in den Umfragen recht zu geben. Im Direktvergleich mit Angela Merkel liegt Schulz derzeit vorn (ein Effekt, der sich, wie die Erinnerung an Rudolf Scharping zeigt, schnell erschöpfen kann). Die Kompe-

tenzzuschreibungen der SPD allerdings sind nicht in vergleichbarem Maße gestiegen – dass der designierte Kandidat bisher keine konkreten Pläne oder Konzepte anspricht, wird durchaus wahrgenommen. Schulz' Auftritt wird in der SPD und unter ihren Anhängern mit großer Erleichterung aufgenommen. Nachrichten über Neu- und Wiedereintritte scheinen mit Topmeldungen über bessere Umfragewerte um die Wette zu laufen. Die programmatische Unschärfe bietet keine Angriffsfläche für innerparteiliche Kritik. Schulz stellt die inhaltlichen Festlegungen der SPD als relativ offen dar. Er bemüht sich um Personalisierung, um die Ausrichtung auf seinen »Kompass« – was ihn als starken Gegenkandidaten zur Kanzlerin zeichnen soll. Er wolle möglichen Koalitionspartnern nicht zu viel vorwegnehmen. Stattdessen macht er Werte stark.

Der Vorteil einer starken Werteorientierung ist: Man muss nichts Konkretes sagen. Bislang geht die Strategie auf, als Projektionsfläche zu fungieren und die Hoffnungen auf eine bessere (SPD-)Zukunft auf sich zu ziehen. Das Vabanque-Spiel, Entschlossenheit ohne inhaltliche

Festlegung zu vermitteln, wird Schulz, so lang es geht, durch den Vorwahlkampf ziehen. Bislang hält er sich in der Kommunikation an die zentralen Botschaften seiner Erzählung: Ich gehöre nicht zur Elite, bin nicht Teil der bekannten Berufspolitiker, ich kenne eure Sorgen. Schulz kommt – so das Bild, das er aufruft – von unten: als Sohn kleiner Leute, ohne Abitur und als einer, der gestrauchelt ist, der sich mit den Sorgen der Menschen identifizieren kann. Wer ihm das als Makel anhängt, wird als »arrogant und abgehoben« zurückgewiesen. Wer die Alltagsorgen der Menschen nicht mit voller Empathie spüre, sei fehl am Platz. Er inszeniert sich als Zuhörer, der Erfahrungen in die öffentliche Debatte bringt, die sonst vernachlässigt wurden: Aus der Kommune, als ehemaliger Bürgermeister einer Mittelstadt, wisse er, was in den Schulen, Krankenhäusern etc. los ist. Er will vermitteln, dass er dicht an den Menschen ist – keine kleine Aufgabe für jemanden, der fast sein ganzes politisches Leben in Brüssel und in hochbezahlten Funktionen verbracht hat. Dass er von außen kommt, versucht er als Vorteil zu nutzen. Er inszeniert sich als der Neue: »Ich bin das Überraschungs-Ei der SPD«. Er will sich nicht identifizieren lassen mit der SPD-Regierungspolitik der letzten Jahre und kann sich sogar eine Distanzierung von der Agenda 2010 leisten. Dabei geht er nicht wirklich weit – die Agenda 2010 sei zu ihrer Zeit gut und richtig gewesen; die SPD in der GroKo so erfolgreich, wie es eben ging. Er kann deftiger auftreten als alle, die derzeit für die SPD im Parlament oder gar der Regierung sitzen – fast hat man den Eindruck, die SPD wäre in der Opposition. Schulz will Zuversicht und Mut ausstrahlen, zum Mitmachen einladen und aktivieren. Zumindest als Start in den »Wahlkampfmodus« der SPD ist ihm das gelungen. Gleichzeitig sucht er die personalisierte Auseinandersetzung, er will der Entschlossene, der Herausforderer und Macher sein – »ich mache das, weil ich das kann«. Indem er sich und die SPD als Alternative mit Machtwillen darstellt, sollen Unentschlossene und frühere Wählerinnen und Wähler aktiviert werden; nicht zuletzt die eigene Basis.

Ansagen an die Basis

Zeit für mehr Gerechtigkeit: Schulz ruft einige wenige Gegensatzpaare auf, mit denen er an den verbreiteten Ungerechtigkeitsgefühlen bei den Menschen anknüpfen will: Ein Konzernchef kassiert Millionenboni, obwohl das Unternehmen scheitert, während eine Kassiererin für eine kleine Verfehlung rausgeschmissen wird.² Doppelverdiener, die trotzdem die Miete kaum zahlen können. Der kleine Bäckerladen zahlt anständig und selbstverständlich seine Steuern und finanziert das Gemeinwesen, während der globale Kaffeekonzern sich davor drückt. Der Staat rettet die Banken, aber in den Schulen blättert der Putz von der Wand. Die Krankenkassenbeiträge müssen wieder paritätisch sein. Man sieht: Im Land geht es nicht gerecht zu.

Bei aller inhaltlichen Unbestimmtheit ist doch deutlich, dass diese Punkte auf der Linie des bisherigen SPD-Programmtexturfs³ liegen. Dort wird der neue Aufbruch für soziale Gerechtigkeit übersetzt in: Investitionen in Schulen, vor allem in sozial benachteiligten Bezirken, Kampf gegen Steuerhinterziehung, bezahlbarer Wohnraum und Förderung von Wohneigentum, mehr Familienfreundlichkeit, Bürgerversicherung, Investitionen in Infrastruktur. Zwar spricht Schulz in der Presse davon, dass man bei der Besteuerung großer Vermögen »ganz sicher nachlegen«⁴ müsse. »Kampfbegriffe wie Vermögen- oder Erbschaftsteuer« schließt er aber aus.⁵ Es gehe ums Prinzip: Wer für sein Geld arbeite, solle nicht mehr Steuern zahlen als jemand, der sein Geld für sich arbeiten lasse. Übersetzt bedeutet das voraussichtlich: Reform der Kapitalertragsteuer, Verschiebungen innerhalb der Einkommensteuersätze. Damit sind kaum Umverteilungseffekte verbunden.

Die Sorgen der »hart arbeitenden und anständigen Menschen« von den Rechten trennen: Sozialwissenschaftliche Analysen zum Aufstieg der rechten Parteien in Europa nach der Wende der Sozialdemokratie zum Neoliberalismus zeigen: Viele Menschen haben den Eindruck, dass der gesellschaftliche Vertrag »harte Arbeit tauscht sich gegen soziale Absicherung« nicht mehr gilt. Sie

erleben Abstiegsängste und befürchten, einen angemessenen Lebensstandard nicht mehr erreichen zu können. Rechte Populisten haben das aufgegriffen. Sie stellen sich als Verteidiger der »ehrlichen, hart arbeitenden Leute« dar und wenden die Ungerechtigkeitsgefühle gegen »die unten«, »die Fremden« oder auch »die da oben« – von »Lügenpresse« bis »die Politiker«. Sie machen sich zunutze, dass die Sozialdemokratie nicht mehr als Verteidigerin der Beschäftigten wahrgenommen wurde und nicht mehr in der Lage war, die Erfahrungen der Menschen mit Austerität und den neuen Arbeitsregimen zur Sprache zu bringen.

Schulz ruft die Ungerechtigkeitsgefühle auf und grenzt sich gleichzeitig scharf von rechts ab: mit Verweis auf die deutsche Geschichte, mit Blick auf die europäischen Rechten und die USA. Die »Partei der Höckes und Gaulands« sei eine Schande für Deutschland. Er sagt im Namen der SPD Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus den Kampf an und verbindet sich mit den Aktivistinnen und Aktivisten. Die SPD sei der Partner für diese Kämpfer für die Demokratie und das Bollwerk gegen rechts, seit über 150 Jahren. Er zielt damit auf die Abstiegsängste und Ungerechtigkeitsgefühle, die gerade in vormals sozialdemokratischen Milieus die Gründe waren, aus denen sich Menschen den Rechten zugewandt haben. Diese Leute will Schulz »zurück«, sofern es sich eben nicht um eingefleischte Rassisten und Nazis handelt. Die klare Sprache wird ihm helfen, die einen von den anderen zu trennen (er setzt sich dabei explizit von Gabriel ab, der gelegentlich, aber systematisch rechts besetzte Worte eingebaut hatte).

Christina Kaindl leitet den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE.

¹ www.vorwaerts.de/artikel/sigmar-gabriel-kanzlerkandidatur-verzichtet

² Ein Satz, der sich in Abwandlungen schon 2009 bei Steinmeier und 2013 bei Steinbrück fand.

³ www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges_Papiere_et_al_/161121_Impulse_der_Programmkommission.pdf

⁴ www.n-tv.de/politik/SPD-Sieg-wuerde-Gabriel-den-Job-kosten-article19687364.html

⁵ »Ich bin kein Populist«, Gespräch im Spiegel, Ausgabe vom 4.2.2017

Ja, aber: Wehrhafte Toleranz: Allerdings will Schulz die harte Haltung gegen Kriminalität und Terrorismus nicht der Konkurrenz überlassen. Er bekennt sich zur Menschenrechtskonvention und zum Schutz von Flüchtlingen. Er will ein »europäisches Einwanderungsrecht« und fordert, dass die europäischen Länder ihren Verpflichtungen bei der Aufnahme von Geflüchteten nachkommen. Gleichzeitig zitiert er ausgerechnet Olaf Scholz (»Ich bin liberal, aber nicht blöd«) in seiner Haltung, »jeden«, der in Deutschland straffällig werde, mit der ganzen Härte der Gesetze zu verfolgen. Gleiches gelte für Menschen, die die Religionsfreiheit missbrauchen, um die demokratische Grundordnung auszuhebeln. Er kündigt Widerstand gegen »alle« an, die die ersten 20 Paragraphen des Grundgesetzes nicht akzeptieren. Geflüchtete, Muslime oder Migranten werden von Schulz nicht aufgerufen, und doch wissen alle, wer mit »alle« gemeint ist. Im Kampf gegen den Terror will er die Zusammenarbeit mit Polizei und allen Sicherheitskräften: eine »Null-Toleranz-Politik mit Augenmaß«, für die die sozialdemokratischen Innenminister in den Ländern bekannt seien.

Weiter so – Europa- und Außenpolitik: Schulz reklamiert seine Kompetenz für Europa, »ich weiß was in Europa los ist«, »kenne die EU mit ihren Stärken und Schwächen«, er präsentiert aber keine europapolitischen oder wirtschaftspolitischen Konzepte. Europa wird erwähnt, wenn es um gerechte Flüchtlingspolitik, Bekämpfung von Fluchtursachen, Schutz der europäischen Außengrenzen oder um die Probleme der extremen/populistischen Rechten geht. Er will Europa »besser, effizienter und bürgernäher« machen. Gabriel hatte in seiner Verzichtserklärung die neoliberale und Krisenpolitik von Merkel und Schäuble für den Aufstieg der extremen/populistischen Rechten in Europa verantwortlich gemacht. Schulz identifiziert – ganz im Sinne der Bundeskanzlerin – deutsche und europäische Interessen: »Ein funktionierendes Europa ist im vitalen Interesse von Deutschland und ein Deutschland, dem es gut geht, ist im Interesse von Europa.« Punkt.

Er distanziert sich von Trumps Verücktheiten, von der Bedrohung für die Demokratie, von seinem Politikstil, aber er ist »sicher, dass europäische Politiker, die in die USA reisen, dem US-Präsidenten erklären werden, dass das internationale Völkerrecht und die Menschenrechte auch für Donald Trump gelten«. Eine Antwort auf Trump müsse die Stärkung der EU und des EU-Binnenmarktes sein. Gleichzeitig markiert er früh im Wahlkampf, dass die Außenpolitik kein Ressort sein wird, um das die SPD kämpfen will; so kann er darauf verzichten, sich hier zu profilieren.

LINKE Antworten

Viele Menschen haben das Gefühl, dass die Politik sich nicht um ihre Alltagsprobleme kümmert und dass kaum Lösungen oder grundlegende Alternativen angeboten werden. Schulz will diese Erfahrung mit seiner Inszenierung aufrufen und auf die SPD lenken: Die asymmetrische Demobilisierung,⁶ die der Kanzlerin so lange gelungen war, soll ein Ende haben: Schulz spricht von »Re-Mobilisierung«. Dabei denkt er vor allem an entmutigte Sozialdemokraten_innen und gestresste Mittelschichten. Deren Sehnsucht nach sozialdemokratischer Politik will er wieder eine politische Heimat in der SPD geben. Er zielt auf diejenigen, die »Angela Merkel für eine Sozialdemokratin gehalten haben« und die sich nach Alternativen sehnen, die weder rechts von Merkel noch links der SPD liegen. Jetzt, wo Angela Merkel Druck von rechts bekommt, ist das eine erfolversprechende Strategie. Die aktuellen Umfragen geben Schulz durchaus recht: Seine Zuwächse in den Umfragen speisen sich aus Enttäuschten und Nichtwähler_innen, aus CDU, AfD und LINKE.

Allerdings zeichnen sich bisher keine Strategien ab, die sich gegen die – auf soziale Ausgrenzung hinauslaufende – asymmetrische Demobilisierung einkommensarmer Menschen wenden könnten – nicht einmal rhetorisch. Schulz spricht nirgends davon, dass er Hartz IV reformieren will: Weder stellt er die Sanktionen infrage (er setzt auf »Einzelfallprüfungen«), noch die Zumutbarkeitsregeln, noch will er



Karl-Liebknecht-Haus, 2011 (wikimedia)

die Sätze erhöhen (sie werden bei ihm und im Impulspapier nicht erwähnt). Seine Kritik an der Agenda 2010 bezieht sich darauf, dass sie nicht mit einem gesetzlichen Mindestlohn und höherer Besteuerung von Reichtum verbunden war. Den Mindestlohn gibt es nun und nirgends wird angedeutet, dass Schulz ihn erhöhen will. Die Besteuerung von Reichtum hat er ebenfalls bisher nicht vor. Es bleibt, dass er Leiharbeit weiter regulieren will; das Impulspapier spricht davon, sachgrundlose Befristungen einzuschränken. Damit wird die strategische Spaltung der Beschäftigten in Niedriglöhner und Kernbelegschaften nicht wirksam angegangen. Bei aller Rhetorik kommt die soziale Gerechtigkeit von Martin Schulz und der SPD immer noch dort an ihre Grenzen, wo sie am nötigsten ist: wo die Risiken der Armut einerseits und die großen Vermögen andererseits beginnen.

Das Gefühl vieler Menschen, dass sich Politik nicht für ihre Probleme interessiert, muss in den Mittelpunkt von Politik gerückt werden und nicht nur der Inszenierung. Es geht nicht nur darum, die Erfahrungen in den Reden der Spitzenpolitiker aufzurufen. Links wird das Zuhören dann, wenn man wirklich hingeht, wo es brennt und mit den Menschen zusammen Veränderung entwirft und durchkämpft. Wenn es im Wahlkampf erkennbar »um etwas geht«, ist das gut. In Zeiten der Hoffnungslosigkeit wachsen die Wünsche und Utopien nicht in den Himmel. Wenn die Wirklichkeit der vielen Menschen im Niedriglohn, in der Prekarität, in Armut, Erwerbslosigkeit und Überarbeitung nicht verschwindet hinter »Deutschland geht es gut« – dann ist das gut für linke Debatten und gut für die Betroffenen. Wenn die Konkurrenz um das bessere

Konzept für gerechte Bildung, Löhne, Rente, Soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht, kann DIE LINKE dem optimistisch entgegen sehen. Wir wollen sicherstellen, dass die Alternativen tatsächlich ein Bruch mit dem »weiter so« sind und nicht nur gute Rhetorik.

Schulz' klare Kante gegen rechts und die Verbindung mit den Aktiven aus Flüchtlingshilfe und Antirassismus soll »Haltung« beweisen. Das ist durchaus geeignet, bei aufgeklärten Mittelschichten, im rot-grünen, großstädtischen Milieu Zustimmung zu erzeugen. Entgegen der ständig wiederholten Frage, ob die »Stimmung kippt«, wenn es um die Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten geht, zeigen Umfragen immer wieder, dass sie nicht kippt. Gleichzeitig nimmt Schulz die »Sorgen« – soziale und vor Kriminalität – »ernst« und kann damit bei Teilen der Beschäftigten punkten. Er will vermitteln, dass die SPD (wieder) die richtige Ansprechpartnerin für sie ist. Diese kommunikative Haltung wird verbunden mit einer »harten Hand« gegen Gesetzesverletzungen »von allen im Land« (höre: Geflüchtete). DIE LINKE kann und will nicht Teil des autoritären Diskurses werden – und sie kann es sich auf keinen Fall leisten, in der Frage von Menschenrechten und Geflüchteten weniger klar zu sein als Martin Schulz.

Schulz kündigt einen Wahlkampf der sozialen Gerechtigkeit an. Das ist zunächst eine gute Nachricht, weil auf dem Feld gespielt wird, auf dem auch DIE LINKE funktioniert. Er bringt zentrale soziale Themen auf die Agenda, bisweilen mit wörtlichen Anlehnungen an LINKE Formulierungen. Die Unter-
setzung ist noch unklar, Schulz selbst hat praktisch erklärt, dass sie von den Kräfteverhältnissen abhängen. Es herrschen noch die großen Werte und die großen Worte vor. Der designierte Kandidat kann so als Projektionsfläche für die Hoffnung auf Veränderung dienen. Allzu klare Einzelforderungen könnten das Bild stören. Doch diese Haltung wird nicht durch den ganzen Wahlkampf tragen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im weiteren Verlauf Dynamik dadurch inszeniert wird, dass konkrete Forderungen nachgeschoben werden.

LINKE Antworten sollten (mindestens) drei strategischen Leitlinien folgen:

1. DIE LINKE tritt nicht als Bremse, sondern als Motor für soziale Gerechtigkeit auf. Wir drängen auf Konkretisierung, auf Realisierung; wir labern nicht rum, wir reden Klartext. Treiben bedeutet nicht, in einen Wettlauf um höhere Forderungen zu treten – die LINKEN Forderungen sind bereits konkreter, gerechter und sozialer. Es bedeutet, auf konkrete Zusagen und Konzepte zu drängen; zu fragen, warum vernünftige LINKE Konzepte, die den Ansprüchen und Werten entsprechen, nicht verfolgt werden.⁷

2. Treiben bedeutet, auf die systematischen Lücken bzw. Zusammenhänge hinzuweisen: Ohne höheren Mindestlohn keine höheren Löhne; ohne Vermögensteuer kein Spielraum für ausreichende öffentliche Investitionen; ohne die Bedrohung und Abstiegsangst durch Hartz IV zu beseitigen, sinkt nicht der Druck auf die Belegschaften usw. Es bedeutet, zu zeigen, dass oberflächliche Korrekturen nicht ausreichen, dass wir den Mut zu einem grundlegenden Wechsel, zu einem neuen gesellschaftlichen Entwicklungspfad brauchen. Wer dem »Weiter so« eine Absage erteilt, kann nicht in der Wirtschaftspolitik, in Europa, bei der Vermögensteuer, bei Hartz IV weiter machen wie bisher. Schulz sagt, »ich bin kein Populist« – das stimmt erst, wenn er die Rhetorik der Veränderung mit tatsächlichen Konzepten für einen grundlegenden Politikwechsel untersetzt.

3. Schulz inszeniert die Machtfrage. Er stellt sich als Alternative zu Merkels Kanzlerschaft dar und vermittelt Hoffnung auf schnelle Veränderung. Er kann darauf hoffen, dass Wähler_innen eher auf den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach setzen. Die Reaktion der LINKEN kann nicht sein, diese Hoffnung zu denunzieren oder als unrealistisch darzustellen. Wir treten mit Optimismus zur Veränderung an, wir wollen Veränderungen vorantreiben.

Schulz will sich die Koalition offen halten. Aber er wird – auch im unwahrscheinlichen Fall, dass die SPD stärkste Partei würde – nicht ohne Koalition regieren können. Welcher Partner sollte

mit der SPD den Politikwechsel zu einer »Zeit für mehr Gerechtigkeit« durchsetzen? Eine der zwei Parteien der Besserverdienenden (FDP und Grüne)? DIE CDU, an deren Seite es der SPD nach eigenen Aussagen gerade nicht gelungen ist, die notwendige Gerechtigkeit herzustellen? Am Ende wird er einen wirklichen Politikwechsel – so er ihn will – nur als Projekt der gesellschaftlichen Linken, eines Lagers der sozialen Gerechtigkeit darstellen können. Der Zauber der sozialdemokratischen Rückbesinnung könnte schnell verfliegen, wenn der Eindruck entsteht, dass sie im Bund mit CDU oder FDP verwirklicht werden soll.

Schulz' Botschaft ist: Wenn nur die SPD dabei ist und die Regierung bildet, ist schon soziale Politik drin. Allein: Die Menschen in Deutschland haben auch andere Erfahrungen gemacht. Anders als Peer Steinbrück und Sigmar Gabriel hat Martin Schulz nicht den Ruf (in der deutschen Öffentlichkeit), seine Positionen schnell zu ändern. Es wird sich erst noch zeigen, ob dieses Bild im Wahlkampf durchzuhalten ist. Derzeit gibt es sicherlich ein Bedürfnis bei vielen Menschen, Schulz zu glauben.

Die strategische Funktion der LINKEN in dieser Konstellation muss konstruktiv sein und konkrete, auf einen Bruch mit dem Neoliberalismus zielende Konzepte enthalten. Sie muss Mindestanforderungen für einen solchen neuen Pfad (einschließlich der Haltelinien) stellen, Druck ausüben und mobilisieren. Eine soziale Versicherung ist besser, als auf den guten Glauben angewiesen zu sein. Wer es ernst meint mit sozialer Gerechtigkeit, muss die LINKE stark machen. Denn egal ob am Ende Opposition oder Sondierung steht, sie macht soziale Gerechtigkeit stark.

⁶ Asymmetrische Demobilisierung bezeichnet eine Strategie, kontroverse Themen, an denen sich die politische Konkurrenz mobilisieren könnte, zu vermeiden. Die Wahlbeteiligung sinkt insgesamt, da wenig Erwartung auf Veränderungsmöglichkeiten besteht. Die Effekte der asymmetrischen Demobilisierung durch Angela Merkel hatten einen deutlichen sozialen Einschlag: Je niedriger die Einkommen, desto geringer die Wahlbeteiligung.

⁷ Eine Form ist, auf Realisierung der bestehenden Mehrheiten im Bundestag zu drängen – diese wird sich allerdings erschöpfen, je näher die Wahlen rücken.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

